

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

ITALIEN

Riace - ein Modell, das stört

«Riace: Stadt des Empfangs und der Humanität» – so lesen wir auf der Ortstafel des Städtchens in Süditalien. Doch wie lange noch? Seit Monaten kommt keine finanzielle Unterstützung mehr. Der Bürgermeister und weitere Personen sind im August aus Protest in den Hungerstreik getreten.

Nach einer langen Fahrt taucht unsere Delegation ein in die so andere Realität der kleinen Gasen von Riace. Es ist nicht zum ersten Mal, dass wir hierherkommen und von diesem Ort «ganz unten» in Kalabrien erzählen. Die Geschichte eines Dorfes, das in ganz Europa zum Symbol für Offenheit, Solidarität und Empfang von Migrant·inn·en geworden ist.

In einem Klima von Abschottung, Verschlussenheit und Dehumanisierung, in dem Hilfsorganisationen daran gehindert werden, Ertrinkende aus dem Meer zu retten, in dem die italienische Regierung Geflüchtete in die libyschen Folterlager zurückschickt oder sie als Ackersklaven auf den Tomaten- und Gemüseplantagen im Süden verelenden lässt, da lohnt es sich, diese Geschichte tausend und tausend Mal zu erzählen, denn sie ist der lebendige Beweis dafür, dass es möglich ist, in die Mauer der Festung Europa noch Breschen zu schlagen und Migrant·inn·en menschlich zu empfangen.

Trotz starker Abwanderung ist Riace nicht einfach, wie andere Orte in Kalabrien, von der Landkarte verschwunden und zum Geisterdorf geworden. Es ist, dank seiner Öffnung gegenüber Migrant·inn·en, lebendig geblieben. Als 1989 zum ersten Mal ein Flüchtlingsschiff vor die Küste des Dorfes getrieben wurde, waren die Menschen im Dorf spontan bereit, die Geflüchteten herzlich zu empfangen und alle notwendigen Vorkehrungen

zu treffen, damit sie im Dorf bleiben können. In Riace weiss man noch, was es heisst weg zu gehen, seine Wurzeln zu verlieren und ohne Mittel in einem anderen Land anzukommen, in dem die Menschen eine unbekannte Sprache sprechen. Jede Familie hier hat eine solche Geschichte durchlitten; jede Familie hat eine solche Wunde, dadurch



Kcho, Um die Angst zu vergessen, 1999

verursacht wurde, dass sie von geliebten Menschen, die nach Norden gezogen sind, allein gelassen wurde. Dies alles hat Domenico Lucano und eine Handvoll junger Menschen im Dorf dazu bewogen, eine grosse Anzahl von Häusern, die seit dem Wegzug ihrer Bewohner·innen leer standen, wieder instand zu setzen und jenen zur Verfügung zu stellen, die vor der Küste gestrandet sind. Gleichzeitig kam die Idee auf, die landwirtschaftlichen und handwerklichen Aktivitäten auf den verlassenen Terrassen und Ländereien wieder neu zu beleben, um so als Dorf dem scheinbar unvermeidlichen Schicksal des Aussterbens zu entgehen. Eine einfache und geniale Formel: Etwas, das überall als Problem bezeichnet wird, ins Positive drehen! Für die Realisierung dieser Idee wurde der Verein «Città Futura» ins Leben gerufen, welcher neben dem Empfang der Flüchtlinge ein Netz von Alternativtourismus und den Aufbau von kleinen Handwerksateliers im Dorf fördert.

Aufleben der Gemeinde

Domenico «Mimmo» Lucano, der damals als hoffnungsloser Träumer galt, ist heute zum dritten Mal Bürgermeister; er gewann zahlreiche Preise für seine Art, Flüchtlinge im Dorf Riace aufzunehmen. Sein Projekt, integriert ins staatliche Empfangsprogramm SPRAR¹ gilt heute weltweit als Modell. Zahlreiche Bücher wurden geschrieben, Filme gedreht, der vielleicht bekannteste ist jener von Wim Wenders «Il Volo» (Der Flug). Besucher·innen aus aller Welt lernen hier ein einzigartiges Zusammenleben von Dorfbewohner·inne·n mit Migrant·inn·en kennen. Eine echte Renaissance im 21. Jahrhundert. Heute sind fast

die Hälfte der Bewohner·innen des alten Dorfteils auf dem Berg Geflüchtete, unter ihnen befinden sich zahlreiche Mütter mit ihren Kindern. Einzelne finden hier vorübergehend Aufnahme im Rahmen der Regierungsprogramme SPRAR und CAS², bis über ihr Asylgesuch entschieden wird; andere wollen hier bleiben. Es gibt einen grossen Unterschied zwischen Riace und anderen staatlich unterstützten Empfangsstrukturen. Migrant·inn·en sind hier keine Nummern, welche nach einer abgeschlossenen juristischen Prozedur einfach weitergeschoben werden. In Riace werden die Betroffenen auch nach dem Asylentscheid, wenn keine offizielle finanzielle Hilfe mehr geleistet wird, betreut und weiterorientiert. Nach einem erfolglosen oder gescheiterten Start, meist in einer Stadt im Norden, dürfen sie durchaus wieder «nach Hause» kommen und bleiben, bis sie stark genug sind, um wieder einen neuen Versuch zu wagen.

Hier hat jede·r sein Haus. In den steilen engen Gassen des

1. SPRAR: Hilfsprogramm für Asylsuchende in Italien. Für alle Geflüchteten erhalten die Betreuungsorganisationen während der Dauer des ihres Asylverfahrens 35.- pro Tag.
2. CAS: centri di accoglienza straordinaria, Zentren für aussergewöhnlichen Empfang

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

Städtchens hallen Kinderrufe. Die Schulen, die Dorfläden und die Wirtschaften sind wieder offen, auch dank der genialen Idee des Bürgermeisters, eine alternative Lokalwährung einzuführen. Die neuen Geldscheine sind verziert mit Porträts von Mandela, Che Guevara, Pasolini, Gandhi und anderen grossen Vorbildern der Geschichte. Sie werden den Flüchtlingen, die im Asylprogramm SPRAR sind, ausgehändigt und sind nur innerhalb des Dorfes gültig. Die Ladenbesitzer:innen können sie zwei Mal im Jahr bei der Gemeinde 1:1 gegen Euro eintauschen, wenn die Hilfgelder aus Rom eingetroffen sind. Dies gibt den Migrant:innen die Möglichkeit, ihr Leben selbstständig zu gestalten; gleichzeitig werden so die kleinen Läden über Wasser gehalten. Das Zusammenleben ist allerdings nicht frei von Dorfstreitereien, aber es ist friedlich. Domenico in seiner sympathischen Bescheidenheit nennt Riace eine «Utopie der Normalität». Sich anderen gegenüber zu öffnen, sich kennenzulernen und zusammenzuleben, ohne Stacheldraht und Mauern – die materiellen oder jene im Kopf, das ist eigentlich die Normalität, aber die Welt hat dies heute offenbar vergessen.

Keine Unterstützung mehr?

Als wir, alarmiert durch die Presse, am 9. August in Riace eintrafen, fanden wir Domenico, einige Migrantinnen und Mitarbeiter auf dem kleinen Dorfplatz. Sie befanden sich bereits am siebten Tag ihres Hungerstreiks. Seit Monaten werden die zugesagten Hilfgelder des institutionellen Hilfsprogramms für Flüchtlinge nicht mehr ausbezahlt und Erklärungen für den Zahlungsstopp bleiben aus oder sind einfach nur absurd. Riace wurde ausserdem ohne Vorankündigung aus dem Hilfsprogramm SPRAR für das Jahr 2018 ausgeschlossen³. Das Dorf ist wie durch Schock gelähmt, man versteht die Situation nicht, die Spannungen steigen.

165 Menschen, unter ihnen 50 Kinder riskieren auf der Strasse zu landen. Die Schulden, welche die Gemeinde gegenüber den Läden hat, haben sich angehäuft. Die Sozialarbeiter:innen, welche für die Betreuung der Migrant:innen angestellt sind (unter ihnen viele geflüchtete Frauen, die heute einen Asylstatus haben), erhalten seit über 10 Monaten keinen Lohn mehr. Der verantwortliche Präfekt wäscht seine Hände in Unschuld und verweigert mit dem Hinweis, die Verantwortlichkeit befände sich jetzt in Rom, jegli-

Communiqué des Bürgermeisters von Riace

«Ich protestiere gegen die Ungerechtigkeit, welche unsere Gemeinschaft, die Geflüchtete empfängt, seit zwei Jahren erleidet. Riace wurde von der Auszahlung des geschuldeten Saldos für die Periode Juli bis Dezember 2017 (ungefähr 650'000 EUR) ausgeschlossen und das Dorf zählt nicht mehr zu den finanziell Begünstigten für das erste Semester von 2018. Und dies trotz der Tatsache, dass hier alle Aktivitäten normal weitergeführt werden. In Bezug auf die Einstellung der finanziellen Unterstützung haben wir bis anhin nicht die geringste Mitteilung erhalten. Wir haben inzwischen einen riesigen Berg von Schulden gegenüber Lieferanten, Ladenbesitzern und Flüchtlingen. (...) Seit September 2016 weigert sich der Präfekt und er weigert sich noch heute unter absurd klingenden Vorwänden, die aufgelaufenen Schulden zu begleichen. Wir nähern uns einem kritischen Punkt, der nicht mehr umkehrbar sein wird. Wenn uns die geschuldeten Beträge nicht überwiesen werden, wird das Projekt Riace zu Ende sein. 165 Geflüchtete, davon 50 Kinder, werden auf der Strasse stehen. 80 Lieferanten und die Ladenbesitzer im Dorf, welche die Grundversorgung der Geflüchteten sicherstellten, werden nicht ausbezahlt werden können. Die Wirtschaft der gesamten Gemeinschaft und ein einzigartiges Modell der Aufnahme und der Integration wird unter einem Haufen von Schutt begraben.»

Domenico Lucano, ein rebellischer Bürgermeister

ches Gespräch. «*Da Erode a Pilato*», sagt man in Italien. Auf Deutsch: Man wird von Pontius zu Pilatus geschickt.

Am Abend unserer Ankunft wurde der absolute Hungerstreik nach einer kleinen Versammlung eingestellt, die gesundheitlichen Konsequenzen waren für einige der Frauen zu gross, ausserdem hatte die Präfektur endlich zugesagt, den Bürgermeister zu empfangen. Der Streik wird jedoch als Stafette, jeden Tag durch eine andere Gruppe getragen, weitergeführt, die Protestwachen auf dem Dorfplatz bleiben, bis eine Lösung in Sicht ist.

Domenico Lucano ist erschöpft: durch den Hungerstreik, aber auch durch das Gewirr der Informationen aus den undurchsichtigen offiziellen Institutionen, durch die Angriffe auf ihn, durch den aufkommenden Rassismus in Italien und das Bewusstsein, dass alles, was in den letzten 20 Jahren an Positivem aufgebaut worden war, mit einem Federstrich weggewischt werden könnte. Diese Stimmung beeinflusst auch das Dorfklima und entfacht wieder alte Querelen. Seine Trikolore, die Schärpe des Bürgermeisters, hat Domenico an einer Mauer am Dorfplatz befestigt. Sein Manifest, in dem er sich gegen die Behörden wehrt, unterzeichnete er mit «*rebellischer Bürgermeister*». Er wird nicht aufgeben, er weiss, dass es von einer Regierung, die immer mehr ins rechts-extreme Eck rutscht, mit einem fremdenfeindlichen Innenminister, welcher ihn selbst öffentlich als «*Null*» bezeichnete, nicht mehr viel zu erwarten ist.

Domenico weiss, dass das Beispiel seines Dorfes jene Kreise stört, die die Rettung von Geflüchteten aus dem Mittelmeer verhindern, die Häfen schliessen und die Lager für Migrant:innen in Folterländer verlegen wollen.

Kreise, die die Legalisierung der Selbstjustiz fordern und planen, Sinti und Roma zu «inventarisieren», um sie so besser abschieben zu können. Domenico sucht nach Lösungen, damit dieses Modell von Humanismus und Empfang, das in seinem Dorf entstanden ist, weiterbestehen kann; notfalls auch ausserhalb der institutionellen Subventionsprogramme, welche wahrscheinlich selbst dann, wenn er den Kampf um die letzte geschuldete Rate gewinnt, früher oder später eingestellt werden.

Notwendige Solidarität

Während unseres Aufenthalts in Riace konnten wir feststellen, dass Domenico nicht alleine dasteht. Auf den Dorfplatz, welchen er als «*mein neues Büro*» bezeichnet, kommen immer wieder Besucher:innen aus Italien und

aus dem restlichen Europa, welche so ihre Solidarität bekunden: Der «*sindaco*» von Neapel und die «*alcaldessa*» von Barcelona kamen persönlich vorbei, die Bürgermeister von Genf und Palermo schickten Solidaritätsbriefe. Zahlreiche Einzelpersonen, Vertreter:innen von Hilfswerken, Vereinen, Journalist:innen sind da, um Danke zu sagen, Danke, dass es Beispiele wie Riace gibt. Der Verbund der «Solidarischen Gemeinden» Italiens hat bereits eine erfolgreiche Sammelkampagne gestartet. Eine Petition ruft dazu auf, Riace für seine kulturelle Leistung ins Weltkulturerbe der UNESCO aufzunehmen.

Wir vom Europäischen Bürger:innenforum beteiligen uns seit den Anfängen aktiv an diesem Projekt. Wir werden mit Domenico in Kontakt bleiben und überlegen zusammen mit ihm, welche konkreten Lösungen gefunden werden können, um diesen widrigen Umständen zu trotzen. Es braucht eine Anstrengung von uns allen, damit Riace dieses Modell von Solidarität und Menschlichkeit bleiben kann, damit dem Projekt ein langes Leben beschieden ist, damit es uns weiterhin als Vorbild dienen kann: Riace ist eine politische Herausforderung für uns alle in Europa. Wir werden die Leser:innen des Archipel auf dem Laufenden halten.

Barbara, Valentina, Hannes, Marco, Rajko, Mitglieder der Delegation des EBF

3. Siehe «Communiqué des Bürgermeisters von Riaces»

UKRAINE

Delegation nach Swydowets

Zum ersten Mal hat sich eine internationale Delegation am 19. und 20. Juni 2018 in die ukrainischen Waldkarpaten begeben, die von dem geplanten Bau einer gigantischen Skystation bedroht sind, und hat die Gruppe «Free Sydovets» getroffen, die den Protest gegen diesen Wahnsinn anführt¹.

Die angespannte Stimmung in dem Gebiet haben wir gleich zu Beginn gespürt, als wir die Route unserer Exkursion im letzten Moment ändern mussten, weil zu befürchten war, dass die Bewohner:innen, die in der Forstindustrie arbeiten, die Strasse

blockieren würden. Zwei Probleme sind eng miteinander verzahnt: Das eine betrifft das Tourismusprojekt, das andere den illegalen Raubbau am Wald der Region. Statt unsere Exkursion, wie geplant, in Lophukowo zu beginnen, einem der drei Dörfer, die

dem Projekt am nächsten liegen und am meisten von illegaler Abholzung betroffen sind, haben wir drei Stunden Umweg in Kauf genommen, das Bergmassiv umrundet und sind mit Allradbussen auf einer steilen Strasse voller Schlaglöcher bis zum Gipfel der Skistation Dragobrad gefahren. Von dort ging es weiter auf grasbewachsenen Hängen bis zum Herzen des Projekts.

Wir waren 18 Teilnehmer-innen, die Hälfte aus drei westeuropäischen Ländern (Österreich, Frankreich und der Schweiz). Die andere Hälfte bestand aus ukrainischen Experten und NGO-Mitgliedern der Gruppe «Free Svydovets», die über ein reiches Wissen und beeindruckende Kompetenzen auf den Gebieten Botanik, Bodenkunde, Ornithologie, Ökosysteme, Waldbewirtschaftung, Ökologie, Lawinengefahr und Naturschutz verfügen. Uns hat die ausserordentliche Schönheit dieses Bergmassivs beeindruckt, dessen Gipfel sich bis ins Unendliche zu erstrecken scheinen, mit weidenden Rinder-, Schaf- und Pferdeherden, mit Hängen und Tälern, die unter der Baumgrenze von Fichten-Buchenwäldern bedeckt sind.

Für uns ist unfassbar, dass jemand auf diesen Anhöhen ein Skizentrum in der Grösse einer mittleren Stadt errichten will, welches 28'000 Besucher-innen und 5'000 Angestellte beherbergen kann, und dass die grossartige Naturarena, die sich vor uns ausbreitete, durch Dutzende Hotels, Skilifte und Pisten, die den Wald zerschneiden, verunstaltet werden soll. Einige Kilometer weiter entdeckten wir einen kleinen Weiler mit Schäferhütten, wo ein Hotel geplant ist. Insgesamt soll die Skistation 60 Hotels, 300 Apartments und 230 km Pisten umfassen.

Unberechenbare Folgen des Megaprojekts

Die ukrainischen Experten erklärten uns, dass grosse Flächen des Bergmassivs Swydowets als Naturschutzgebiete oder Biosphärenreservate der Karpaten unter Schutz stehen, aber dass das Gebiet, das wir besuchten, aus unerklärlichen Gründen nicht dazugehört. Sie erläuterten uns die negativen Auswirkungen der geplanten Vorhaben, die zu zahlreich sind, um sie alle hier auszuführen. Deshalb beschränken wir uns auf zwei Beispiele. Eine wichtige Frage ist das Wasser. Die Skistation wäre paradoxerweise mit zwei Problemen konfrontiert, dem Wassermangel und dem Wasserüberschuss. Das Projekt



Andy Warhol, Vorlage für den Sonntagsmaler (Landschaft), 1962

benötigt enorme Wassermengen für die Hotels und Restaurants, aber auch für die Schneekanonen, um die Skisaison zu verlängern. Deshalb planen die Betreiber auf den Berggipfeln grosse Wasserreservoirs, die beträchtliche Auswirkungen auf das Ökosystem hätten. Das Wasser der künstlichen Seen hätte nicht die gleichen Eigenschaften wie Regen oder Schnee und würde die Flora des Gebietes, wo Kunstschnee verwendet wird, verändern. Gleichzeitig würden die Kahlschläge, die für den Bau der Skistation notwendig sind, und das Zubetonieren grosser Flächen ernsthafte Erosion und plötzliche Hochwasser hervorrufen.

Die ukrainischen Teilnehmer-innen erklärten uns auch, dass die

letzten hundert Meter Wald unter der Baumgrenze zumindest zum Teil für das Projekt gefällt werden müssten, und zwar zum ersten Mal seit Jahrhunderten. Diese Hänge wurden von allen früheren Regierungen geschützt, darunter die österreichisch-ungarische Monarchie und die Sowjetunion.

Kritik und wirtschaftliche Alternativen

Am nächsten Tag gab die Delegation eine Pressekonferenz, die von mehreren Journalist-innen der lokalen, regionalen und nationalen Printmedien sowie Radio und Fernsehen besucht wurde. Die internationalen Teilnehmer-innen berichteten, dass sie schon vor Monaten an den Präsidenten Poroschenko und die zuständigen

Minister geschrieben und keine Antwort erhalten hatten. Sie stellten die Befürchtungen dar, die sie in diesen Briefen ausgedrückt hatten und die sich bei der Exkursion am Vortag vollständig bestätigt hatten. Sie kritisierten die völlig undemokratische Genehmigung der Umwidmung des Geländes durch die lokalen Behörden, den Mangel an klaren Informationen für die Bevölkerung, was die Auswirkungen des Projekts betrifft, und die fehlende Transparenz bezüglich der Betreiber und der Investoren. Sie betonten ihr Verständnis für eine notwendige wirtschaftliche Entwicklung dieser Region, in der die Menschen unter Armut leiden und auf der Suche nach Arbeit auswandern. Jedoch stellten sie das gewählte Modell eines Mega-Projekts in den Händen einiger weniger Betreiber und ohne langfristige Zukunft in Frage. In der Schweiz und in Österreich hätten quasi alle Skizentren unter 2'000 m Seehöhe vermehrt chronische Probleme aufgrund des Klimawandels und des daraus folgenden Schneemangels. Der höchste Gipfel des Swydowets-Massivs erreicht nur 1'881 m.

Die ukrainischen Behörden scheinen den ungeheuren Wert einer solchen Bergkette nicht zu erkennen, welche die Grundlage für sanften Tourismus mit Wanderungen und der Entdeckung ihres wunderbaren natürlichen Reichtums sein könnte. Mit der Beherbergung und anderen Dienstleistungen für die Besucher-innen könnte diese Form des Tourismus den Bewohner-inne-n der Region neue Einkommensquellen bieten. Ökotourismus hätte eine langfristige Zukunft ohne nachteilige Auswirkungen für das Bergmassiv. Nach den Redebeiträgen der internationalen Teilnehmer-innen sprachen zwei der ukrainischen Delegationsmitglieder. Bogdan Prots erläuterte die Rechte und Kompetenzen des WWF Ukraine, der ein Programm für die «Unterstützung der ukrainischen Naturschutzgebiete» betreibt. Sergei Voychenko, ein bekannter Rechtsanwalt aus Kiew, legte die Argumente dar, die er bei der nächsten Verhandlung vor dem obersten Gerichtshof vortragen wird.

Bald kein Wald mehr

Im folgenden Teil, der den Fragen der Journalist-innen gewidmet war, überraschte uns eine Wortmeldung von Ivan Fabritsi, dem Vorsitzenden des Bezirksrats von Tyachewo, der im Publikum sass. In einer langen Rede vertei-

Aufschlussreicher Bericht über illegale Abholzung in der Ukraine

Der Bericht «Complicit in Corruption» der britischen NGO «EarthSight» vom Juli 2018 ist einerseits eine Anklageschrift gegen die von Korruption durchsetzte staatliche Forstbehörde der Ukraine, die vor allem in den Karpaten illegale Holzschläge in grossem Ausmass ermöglicht. Andererseits gegen zahlreiche grosse europäische Firmen der Holzindustrie, die das Holz kaufen, obwohl ihnen diese Umstände durchaus bekannt sind. Dazu zählen u.a. *Schweighofer, Egger, Swiss-Krono, Kronospan und International Paper*. Ihre Produkte werden in Läden wie *Ikea, Leroy Merlin, Castorama* ... verkauft. Die ukrainischen Holzexporte gehen zu 70 Prozent in die Europäische Union. Damit ist die Ukraine mit Abstand der grösste Lieferant der EU von «Hochrisikoholz», d.h. von illegal geschlagenem Holz – vor allen Ländern der Tropen Lateinamerikas, Asiens und Süd-Ost-Asiens zusammen. Der Bericht hatte in der Ukraine beträchtliche Auswirkungen. Schon am 18. Juli, also vier Tage nach seiner Veröffentlichung, kündigte der Premierminister strenge Massnahmen gegen illegale Abholzung an und bat die EU um Unterstützung. Am 24. Juli gaben die Medien bekannt, dass der Chef der staatlichen Forstbehörde aus gesundheitlichen Gründen Urlaub genommen hat, um die Untersuchung des Staatsanwaltes wegen der Korruptionsvorwürfe, die *EarthSight* erhoben hatte, zu verhindern.

Der Bericht auf Englisch hat 64 Seiten und ist abrufbar unter: www.earthsight.org.uk

1. Siehe Archipel Nr. 265, 267, 270

digte er das Projekt: Es sei vital für die Region und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Als er mehrmals nach den Betreibern und Investoren, die hinter dem Projekt dieser Skistation stehen, gefragt wurde, beharrte er darauf, dass er diese nicht kenne. Mit der Frage konfrontiert, wie er davon überzeugt sein könne, dass das Projekt keine negativen Auswirkungen haben würde, wenn er nicht einmal die Verantwortlichen kenne, beschuldigte er die Fragenden, jeden wirtschaftlichen Fortschritt zu verhindern. Seine Haltung ist in einem Text auf der Website der Präfektur gut zusammengefasst. Während des internationalen Forums über Regionalentwicklung in Trouskawets in der Region Lwiw sagte er: *«Der Wald ist ein vorübergehendes Phänomen. Zieht man den beschleunigten Rhythmus der Holzschläge in Betracht, wird es bald keinen mehr geben. Deshalb ist der Bau einer Skistation für uns positiv.»*

Am Tag nach der Pressekonferenz führen die Vertreter des schweizerischen «Bruno Manser Fonds» nach Lophukowo, auf die andere Seite des Bergmassivs. Sie waren über das Ausmass der Holzschläge schockiert. In der Region werden die meisten Kahlschläge wegen des angeblichen Schädlingsbefalls ausgeführt. Um eine Genehmigung zu erhalten, muss man beweisen, dass der Wald von Krankheiten oder Parasiten, wie beispielweise dem Borkenkäfer, befallen ist. Die Holzunternehmen sind bereit, 10'000 Euro für ein Schriftstück zu bezahlen, welches den schlechten

Gesundheitszustand eines Waldgebietes bestätigt. Anscheinend beträgt das übliche Bakschisch für die Forstbehörde 5 Dollar pro Festmeter.

Unser Besuch hat uns motiviert, unsere Anstrengungen noch zu erhöhen: Wir wollen die Öffentlichkeit, die europäischen Institutionen in Brüssel und die NGOs informieren und für die

Gruppe «Free Svydovets» um Unterstützung werben, damit dieses absurde und zerstörerische Projekt verhindert werden kann. Der Gruppe ist es gelungen, eine der wichtigsten landesweiten ökologischen Bewegungen der Ukraine ins Leben zu rufen.

Nicholas Bell,
EBF, Mitglied der Delegation

KONGO

Das Kongo Tribunal

Der Schweizer Theaterregisseur Milo Rau initiierte vor einiger Zeit das Kongo Tribunal, das sich zum Ziel setzt, die massiven Menschenrechtsverletzungen in der ostkongolesischen Provinz Kivu aufzuarbeiten. Nun soll daraus eine permanente Institution werden: Eine Gruppe von kongolesischen und europäischen Jurist-inn-en, Menschenrechtsaktivist-inn-en und Journalist-inn-en führt den Kampf gegen die Straflosigkeit weiter. 2. Teil.

Im Interview mit Alexander Behr spricht der Menschenrechtsanwalt Sylvestre Bisimwa über sein Engagement gegen die Wirtschaftsverbrechen in seiner Heimat und über die nächsten Schritte, die mit dem Kongo Tribunal geplant sind.

Der Prozess, der mit dem Kongo Tribunal begonnen wurde, soll nun fortgeführt werden. Ihr Ziel ist ja, an mehreren Orten im Kongo Tribunal auszurichten, um so die Straflosigkeit zu überwinden. Wie gehen Sie dabei vor?

Milo Rau hat eine Spendenkampagne in Europa initiiert, die es uns ermöglicht hat, die DVD des Filmes zu drucken und zu verbreiten. Indem wir mit dem Film durch das Land reisen, werden wir gleichzeitig die Möglichkeiten evaluieren, an den respektiven Orten Tribunale zu organisieren. Dafür haben wir ein achtköpfiges Komitee zusammengestellt. Wir werden nach den Screenings mit den Betroffenen darüber diskutieren, ob sie sich ein Tribunal in ihrer Region wünschen. Die lokale Zivilgesellschaft soll dabei eine massgebliche Rolle spielen. Wenn die Betroffenen zustimmen, werden wir evaluieren, welche konkreten Fälle wir behandeln wollen. Danach werden wir Recherchen anstellen und entsprechende Daten sammeln. Um zwei konkrete Beispiele zu nennen: In Kasika, einem Dorf, das rund drei

Autostunden südwestlich von Bukavu liegt, wurden bei einem Massaker rund ein Dutzend Frauen bei lebendigem Leib begraben. Danach hat es niemals einen Prozess gegeben. Ein weiteres Beispiel ist das Dorf Makobola. Dort hat es ebenfalls ein Massaker gegeben – man hat die Leichen in einem Massengrab verscharrt. Wir sind davon überzeugt, dass die Betroffenen an diesen Orten Gehör finden müssen. Die Gemeinden haben ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren. Es ist absolut essenziell, dass die Menschen dort gemeinsam in Erfahrung bringen können, was wirklich passiert ist und wer die Verbrechen zu verantworten hat. Wer sind die Schuldigen und wo halten sie sich auf? Warum leidet der Staat keine Untersuchungen ein?

Wie viele Tribunale soll es geben und was ist Ihr konkretes politisches Ziel?

Je nachdem, wie viele finanzielle Mittel wir durch die erwähnte Spendenkampagne in Europa sammeln können, planen wir, alle sechs Monate oder ein Mal pro Jahr ein Tribunal abzuhalten. Unser wichtigstes Ziel ist es, dass die Menschen den Mut finden, um zu sprechen. Damit erhoffen wir uns, den kongolesischen Staat in die Pflicht zu nehmen. Es liegt in seiner Verantwortung, ein offizielles, rechtlich abgesichertes Tribunal abzuhalten. Ausser-

dem wollen wir die Internationale Gemeinschaft in die Pflicht nehmen. Denn im Westen weiss man oft nicht, was sich im Kongo wirklich abspielt. Die Medien in Europa befassen sich nur äusserst wenig mit dem, was hier geschieht. Unsere Tribunale sollen also ein wirksames Plädoyer gegenüber dem kongolesischen Staat und der Internationalen Gemeinschaft sein. Denn letztere muss die kongolesische Politik in die Pflicht nehmen, wenn diese ihren Aufgaben nicht nachkommt. Drittens geht es darum, die Rolle der multinationalen Konzerne aufzudecken. Falls Rohstoffkonzerne nachweislich in Verbrechen involviert waren oder von ihnen profitieren, müssen wir die Internationale Gemeinschaft in die Pflicht nehmen, damit sie agiert. Kurzum: Wenn weder die kongolesische Justiz noch die Internationale Gemeinschaft agiert, müssen wir den ersten Schritt tun.

Wie sieht Ihr Zeitplan aus?

Unser Plan ist es, bis Dezember 2018 den Film «Das Kongo Tribunal» in allen 26 Provinzen des Kongo zu zeigen. Ich denke, dass wir bereits im September wissen könnten, welche Fälle wir uns vornehmen und welche multinationalen Konzerne wir einbeziehen wollen. Ich halte es für realistisch, dass wir uns fünf Provinzen vornehmen und unsere Untersuchungen dort anstellen. Dabei kann es sich um die Förderung von Kobalt, Coltan, Gold, Diamanten oder landwirtschaftliche Produkte wie Kaffee oder Tee handeln. Parallel dazu werden unsere Mitstreiterinnen und Mitstreiter rund um Milo Rau in Europa mit dem Fundraising weitermachen, denn selbstverständlich brauchen wir für die Durchführung der Tribunale nicht unerhebliche finanzielle Mittel, welche die kongolesische Zivilgesellschaft schlichtweg nicht hat. Wir rechnen damit, dass wir mit den Folge-Tribunalen im Jahr 2019 beginnen können. Wir wollen auch mit allen Kräften zusammenarbeiten, die ein Interesse daran haben, dass die Straflosigkeit im Kongo ein Ende findet.

Im Film «Das Kongo Tribunal» ist es Ihnen ja gelungen, die politische Elite der Region miteinander zubeziehen. Der Gouverneur war anwesend, der Minenminister und der Innenminister der Region sagten sogar vor dem Tribunal aus. Hier gelang Ihnen ein beachtlicher Erfolg: Die beiden Minister wurden unmittelbar

Archipel

Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

September 2018 - Nr. 273

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
forumcivique.org

Europäisches BürgerInnenforum Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
[ch\(a\)forumcivique.org](mailto:ch(a)forumcivique.org)

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
[at\(a\)forumcivique.org](mailto:at(a)forumcivique.org)

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
[de\(a\)forumcivique.org](mailto:de(a)forumcivique.org)

Frankreich:

St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
[fr\(a\)forumcivique.org](mailto:fr(a)forumcivique.org)

Ukraine:

vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
[ua\(a\)forumcivique.org](mailto:ua(a)forumcivique.org)

nach dem Tribunal entlassen, der Gouverneur dankte im Jahr 2017 ab. Denken Sie, dass Ihnen ein ähnlicher Effekt wieder gelingen kann oder sind die Behörden nun vorgewarnt?

Die Teilnahme der politischen Verantwortlichen bei den Folgetribunalen ist natürlich nicht gesichert. Es liegt an uns, das Projekt auf eine Art zu präsentieren, die alle miteinbezieht. Wir werden auf die Minister zugehen und sie einladen. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, die genauen Tathergänge darzustellen. Wir müssen den Behörden klarmachen, dass es sich nicht um ein Tribunal handelt, das sich *à priori* gegen die Regierung richtet. Die amtierenden Politiker werden selbstverständlich die Gelegenheit bekommen, sich zu verteidigen. Unsere Idee besteht nicht darin, die Behörden vorzuverurteilen. Wir wollen auch sie zu Wort kommen lassen. Sie werden also die Gründe vorbringen können, die dieses oder jenes Vorgehen rechtfertigen, das sie zu verantworten haben. Wir wollen ihnen die Gelegenheit geben, ihre Version der Dinge darzustellen. Denn wir haben von Beginn an klar gesagt, dass wir ein Tribunal im Interesse des kongolesischen Volkes organisieren. Wer behauptet, dass sich das Tribunal von vorn herein gegen den Staat richtet, der irrt sich. Das Gericht wird eine unabhängige Entscheidung treffen. Was wir wollen, ist einen grundsätzlichen Wandel; unsere Arbeit versteht sich als ein umfassendes Plädoyer für Gerechtigkeit. Ich gehe davon aus, dass auch die kongolesischen Behörden letztlich ein Interesse daran haben.

Nun ist es aber so, dass die multinationalen Rohstoffkonzerne keine Vertreter zum Kongo Tribunal geschickt haben. Der kanadische Konzern Banro, der im Kivu Gold fördert, war im Film abwesend. Wie wollen Sie das Problem lösen, dass sich die Konzerne ihrem juristischen Prozedere entziehen?

Die Nicht-Beteiligung der Konzerne an unserem Tribunal ist tatsächlich ein Problem. Wir werden aber auch hier nicht locker lassen und weiterhin versuchen, sie einzubinden. Wir werden offen auf sie zugehen, ihnen unseren Ansatz erklären und versuchen, sie zu überzeugen. Unsere Perspektive besteht natürlich darin, die Wahrheit ans Tageslicht zu befördern und Gerechtigkeit herzustellen. Doch auch den Rohstoffkonzernen werden wir zu verstehen geben, dass es sich nicht um ein



Marcel Schaffner, Ohne Titel, 1990

Projekt handelt, das *à priori* gegen sie gerichtet ist. Wir werden auch ihnen klar machen, dass alle Akteure ihre Sicht der Dinge vorbringen können und sollen. Wenn sie sich nicht überzeugen lassen, wäre das sehr schade. Das Essenzielle bleibt aber, meiner Ansicht nach, unser Wille, ihnen die Möglichkeit zu bieten, teilzunehmen. Ihre Position soll genauso gehört werden wie die Positionen der Opfer, der Experten und der Regierung. Wenn sie weiterhin nicht teilnehmen, wird uns das allerdings nicht davon abhalten, unsere Arbeit fortzuführen.

Beim Tribunal auszusagen, erfordert sehr viel Mut. Gab es denn keine Fälle, in denen Zeuginnen oder Zeugen verhaftet, angegriffen, bedroht oder eingeschüchtert wurden?

Bis jetzt gab es meines Wissens nach zum Glück noch keine Repressalien gegen Zeuginnen oder Zeugen, die beim Kongo Tribunal ausgesagt haben. Doch natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass dies nicht etwa bei den Folge-Tribunalen geschehen könnte. Man muss bedenken, dass die DVD ja im Kongo bis dato noch nicht breit zirkuliert. Sobald der Film allerdings bekannter ist, ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Behörden ihn auf eine bestimmte Weise interpretieren werden. Das kann natürlich dazu führen, dass Personen, die sich beteiligen, verhaftet werden oder Repressalien erfahren. Falls das geschieht, werden wir natürlich

agieren und die unmittelbar Betroffenen gegenüber den Behörden verteidigen.

Bei den Vorführungen in Europa gab es von Seiten der kongolesischen Exil-Community des Öfteren kritische Anmerkungen bezüglich der Rolle, die der Oppositionspolitiker Vital Kamerhe im Film einnimmt. Die Kritik lautet, dass er kein echter Oppositionspolitiker sei und dass man ihm nicht trauen könne. Was ist Ihre Position dazu?

Viele Leute verstehen nicht, aus welchen Beweggründen wir uns dazu entschlossen haben, Vital Kamerhe in den Film einzubinden. Wir wollten, dass die Opposition zu Wort kommt, genauso wie wir wollten, dass die Regierungsseite zu Wort kommt. Wir haben sogar den Informationsminister nach Bukavu eingeladen, also einen hohen Regierungsvertreter aus Kinshasa. Er konnte aus Zeitgründen nicht kommen, hat sich aber dazu bereit erklärt, eine Delegation zu schicken. Im Film ist die Redezeit von Kamerhe sehr beschränkt. Doch allein die Tatsache, dass er im Film zu sehen ist, bewegt manche zu der Annahme, dass wir seine Parteigänger wären. Das ist Unsinn. Milo Rau hat sich dazu entschieden, alle zu Wort kommen zu lassen. Ich möchte noch einmal hervorheben, dass es sich bei unserem Tribunal um ein Projekt handelt, das alle Kongolesinnen und Kongolesen miteinschließt. Kamerhe ist ein Kongoleser und mit seiner Partei ein wichtiger Vertreter der Bevölkerung. Es ist also

vollkommen selbstverständlich, dass auch er zu Wort kommt, genauso wie der damalige Gouverneur der Provinz, Marcellin Cishambo und seine zwei Minister.

Das Ende der Gewaltherrschaft von König Leopold II. im Jahr 1908 kam nicht zuletzt durch eine transnationale Kampagne zustande. Manche sprechen sogar von der ersten internationalen Menschenrechtskampagne der Geschichte. Denken Sie, dass es möglich ist, durch transnationale Mobilisierung heute einen ähnlichen Erfolg zu erzielen?

Unser Projekt zielt auf eine Kritik des Neokolonialismus ab. Wir wollen die herrschenden Regeln und Gesetze des internationalen Handels infrage stellen und überwinden. Denn es ist völlig offensichtlich, dass die aktuellen Regelungen auf dem Gebiet des internationalen Handels und der Finanzwelt für die Länder des globalen Südens von enormem Nachteil sind. Heute sehen wir, dass multinationale Konzerne durch die herrschenden Steuer- und Finanzregelungen auf allen Ebenen begünstigt werden. Dies geht auf Kosten der Bevölkerung der Dritten Welt. Es liegt an den afrikanischen Regierungen, sich zu erheben und sich zur Wehr zu setzen. Der Preis der Rohstoffe auf dem internationalen Markt steht in eklatantem Widerspruch zum Lohn, den ein Coltan- oder Goldschürfer im Kivu erhält – wir fordern, dass die Menschen, welche die Rohstoffe produzieren, die für den Westen so wichtig sind, vom Reichtum ihrer Länder profitieren können. Dazu will unser Projekt einen Beitrag leisten. Die Anhörungen in Berlin, (an denen unter anderem die Soziologin Saskia Sassen und der Sozialpsychologe Harald Welzer teilnahmen), hatten zum Ziel, diese neokolonialen Strukturen zu durchleuchten. Es ist also absolut notwendig, in den Ländern des Nordens aktiv zu werden und die Geschäftspraktiken der Grosskonzerne unter die Lupe zu nehmen. Die UNO, die Institutionen der Europäischen Union sowie die Regierungen der einzelnen Länder des Westens müssen endlich handeln. Wir wollen, dass Konzerne, die für Menschenrechtsverletzungen in Ländern des globalen Südens mitverantwortlich sind, vor einem Gericht angeklagt werden können.

Das Interview führte Alexander Behr, EBF Österreich

1. Sylvestre Bisimwa lebt und arbeitet in der ostkongolesischen Stadt Bukavu. Er nahm im Film über das Kongo Tribunal die Rolle des Untersuchungsrichters ein.

Der Adorno Afghanistans

Am 14. Juli 2018 starb der Autor und Dichter, Historiker und Philosoph Ali M. Zahma in Wien. Im Jahr 1928 in Kandahar geboren, war er viele Jahre lang Professor für persische Literatur und Geschichte Afghanistans an der Universität Kabul. Nach Berufsverbot, Haft und Folter floh er im Jahr 1985 und lebte danach im österreichischen Exil.

Ali M. Zahma setzte sich Zeit seines Lebens für demokratische Freiheiten in seinem Land ein und geriet deswegen immer wieder in Konflikt mit der herrschenden Politik; wahlweise wurde er als Sozialist verfolgt oder aber als jemand, der angeblich «westliche Gedanken» ins Land bringen wollte. Christian Reder, Professor für Kunst- und Wissenstransfer in Wien, verband ein enges freundschaftliches Verhältnis mit dem «Adorno Afghanistans», wie er ihn nennt. Reder, der eine Biographie über Zahma schrieb¹, war von 1980 bis 1994 Leiter des Österreichischen Hilfskomitees für Afghanistan, das vor Ort zehntausende Flüchtlinge unterstützte. Die detailreich kommentierte Biographie über Zahma macht die Geschichte Afghanistans und die Lebensumstände greifbar – sie widmet sich aber auch den vergebenen Chancen nach vierzig Jahren Krieg. Äußerst sympathisch, weil mehr als realistisch, ist Reders Haltung, dass es in der Afghanistan-Hilfe niemals um die Unterstützung von Befreiungsbewegungen ging, die in Europa als «idealisierte Projektion hätten Halt bieten können». Vielmehr musste die «Herstellung halbwegs erträglicher Normalität und halbwegs demokratischer Zustände als Richtungsangabe genügen». Deshalb waren die Sowjets und ihre Anhänger in Afghanistan in Reders Augen auch niemals ein positiver Bezugspunkt – sie trugen vielmehr zu einer Eskalation der Lage bei; mit jahrelangem, bis heute andauerndem Krieg als Resultat.

Eine widerständige Familie

Ali M. Zahma stammt aus einer Hazara-Familie aus der Provinz Urusgan/Orusgan – diese meist schiitische Minderheit war im 19. Jahrhundert von massiver Verfolgung betroffen. So wurde auch Zahmas Familie unter der Herrschaft des von Grossbritannien unterstützten Emir von Afghanistan Adbur Rahman Kahn (1844 – 1901) ohne jede Entschädigung enteignet und vertrieben. Zahmas Grossvater, einer der prominent

sich auflehrenden Rebellen, wurde in Kabul im Gefängnis mit glühendem Eisen geblendet. Die Familie floh nach Kandahar, wo Zahma in zunächst ärmlichen Verhältnissen aufwuchs. Zuhause wurde Farsi gesprochen, im Alltag Kandahars Paschtu. Zahma konnte am renommierten *Lycée Habiba* in Kabul die Matura ablegen und danach ebendort persische Literatur und Geschichte studieren. Bereits zu Beginn der 1950er Jahre veröffentlichte er erste Gedichte auf Farsi, wenige Jahre danach konnte er mit einem Regierungsstipendium an der *School for Oriental and African Studies* in London weiterstudieren. Reder, der seine Biographie auf zahlreiche, im Verlauf vieler Jahre geführte Gespräche mit Zahma stützt, betont, dass der Erfahrungsraum London, mit den damals aufkeimenden antkolonialen Protestbewegungen und der vielfältigen Debattekultur ein wichtiger Resonanzraum und Nährboden für seine spätere Tätigkeit war. Diese Erfahrungen waren, so Reder, «Vorbedingung» für Zahmas späteren Einsatz für grundlegende Bürgerrechte in seinem Land.

Ein Fremder? Ein Mensch!

Reder widmet auch ein eigenes Kapitel Zebenda Zahma, die Ali Zahma im Jahr 1959 heiratete. Mit üblichen Frauenrollen brechend emanzipierte sie sich schon früh, absolvierte die Krankenschwestern- und Hebammenschule in Kabul, leitete in den 1960er Jahren eine neu aufge-

baute Frauenklinik im Norden des Landes und übernahm später in Kabul die Direktion des Pflegebereichs des Ibn-Sina-Krankenhauses. Dies war möglich, da die Periode zwischen Zweitem Weltkrieg und Beginn des afghanischen Bürgerkriegs im Jahr 1978 relativ liberal war und oft als «goldenes Zeitalter» des Landes beschrieben wird. Kabul wurde als «eine der modernsten Städte Asiens» gepriesen. Im Jahr 1959 wurde der Schleierzwang, der auf dem Land ohnehin kaum praktiziert wurde, ohne nennenswerte Gegenwehr aufgehoben. Kurz – es gab trotz der Herrschaft des Königs Zahir Shahs, der mitunter auch brutal gegen Proteste vorging, immerhin Hoffnung auf eine positive Entwicklung. Auch Ali M. Zahma beteiligte sich an vorderster Front an den Reformbestrebungen. Reder beschreibt eindrücklich, wie viele frühe Reisende und – seit den 1960er Jahren – tausende Richtung Indien reisende Hippies erfahren konnten, wie tolerant und offen die Bevölkerung auf noch so eigenwillige Lebensformen reagierte. Da nie kolonisiert, nie dauerhaft von den Briten beherrscht, gebe es in Afghanistan «keinen Komplex auszuheilen»; «Ein Fremder? Ein farangi? Ist einfach ein Mensch!», notierten der Maler Thierry Vernet und sein Reisegefährte Nicolas Bouvier im

Zuge einer Afghanistan-Reise in den 1950er Jahren. In den Jahren 1972 bis 1974 verbrachte Zahma mit seiner Familie – inzwischen hatte das Paar fünf Kinder – zwei Jahre in Peking/Beijing, um dort Farsi und persische Literatur zu lehren. Entgegen der unter westlichen Linken vorherrschenden Begeisterung für die Kulturrevolution herrschte dort aber laut Zahma ein Klima der Angst – so wurde er wegen seines nicht chinesischen Aussehens von patrouillierenden Roten Garden überfallen und mit Stöcken schwer verprügelt, Zebenda Zahma wurde ebenfalls als ausländische Agentin beschimpft.

Kein kommunistisches Paradies

Afghanistan muss als ein weiteres Land gelten, in denen emanzipatorische Bestrebungen im Zuge einer versuchten so genannten kommunistischen Neuordnung der Gesellschaft tragisch scheiterten. Jahre vor dem Einmarsch der Sowjets, am 17. Juli 1973, ergriff Mohammed Daoud Khan die Macht, erklärte sich zum Präsidenten und ebnete den Weg für die so genannte Khalk-Fraktion der afghanischen Kommunist-inn-en. Ali M. Zahma wurde gleich nach seiner Rückkehr aus Beijing ohne Begründung unter jahrelangen Hausarrest gestellt. Die Universität blieb ihm verschlossen. Zwar kam im Dezember 1977 ein verschwiegene Treffen mit Präsident Daoud zustande, in dem er sich für die unerfreulichen Massnahmen entschuldigte und eine Änderung seiner Politik ankündigte – dafür war es aber zu spät: Am 27. April 1978 kam es zum Putsch der kommunistischen Demokratischen Partei Afghanistans, Daoud wurde ermordet.

Der Einfluss der Sowjets brachte in Afghanistan nur äußerst fragwürdige «Fortschritte» mit sich. Am 5. April 1979, noch vor dem nächsten, von der Sowjetunion unterstützten Putsch und Monate vor der Sowjetinvasion, wurde Zahma inhaftiert und schwer gefoltert. Oft nahm der berüchtigte Geheimdienstchef Asadullah Sarwari selbst an den Quälereien teil, ihn wild beschuldigend, als Angehöriger der Minderheit der Hazara und als Reaktionsär die Konterrevolution der Mudschahedin zu unterstützen. Nach elf Monaten kam er im Zuge einer Generalamnestie frei. Im Jahr 1985 wurde ein Aufenthalt im Budapester Sankt-Laszlo-Krankenhaus gestattet, um Zahmas Diabetes und die Folgen der Folter zu behandeln. Von dort gelang ihm mit der Hilfe von Christian



Herbert Brandl, Ohne Titel, 1987-88

und Ingrid Reder die Flucht nach Wien, wo er die letzten 33 Jahre seines Lebens verbrachte.

Verdrängte Geschichte

Die komplexe Geschichte Afghanistans ist im Westen heute wenig bekannt. Staatliche Stellen, die ihre menschenverachtende Abschiebepolitik ausführen wollen, legitimieren ihren Kurs mittels extrem fragwürdigen und dilettantischen «Länderberichten» – die österreichischen Behörden etwa stützten sich lange Zeit auf die höchst umstrittenen Berichte des Geschäftsmanns Karl Mahringer aus der Kleinstadt Liezen. Ali M. Zahma hingegen gehört zu den wichtigen Stimmen des Landes, welche die Realität niemals beschönigten, sondern auf eine wirklich gerechte und demokratische Entwicklung hinarbeiten wollten. Die Geschichte Afghanistans hielt in der Tat immer wieder Möglichkeitsfenster offen für die Entwicklung hin zu einer offenen und solidarischen Gesellschaft. Doch wie so viele andere Länder der Peripherie und des Globalen Südens wurde Afghanistan zwischen den Fronten des Kalten Krieges aufgerieben. Heute weiss jedes Schulkind, dass tausende islamistische Kämpfer in den 1970er und 80er Jahren von den USA unterstützt und ausgebildet wurden, um im Land am Hindukusch gegen die Sowjets zu kämpfen. Die fünfjährige Herrschaft der Taliban von 1996 bis 2001 (Kabul war bereits 1992 von Islamisten erobert worden) stellte dann ein *Worst-Case*-Szenario dar, das der Westen wesentlich mit zu verantworten hat. Frauen und Mädchen durften nicht mehr zur Schule gehen und Vergehen, die andernorts als gering gelten, wurden mit der Amputation von Gliedmassen bestraft, Musik und Videos wurden verboten. Heute dauert der so genannte «Krieg gegen den Terror» bereits seit 17 Jahren an. Die Taliban sind erneut erstarkt. Wie Ali M. Zahma analysierte, drohen «noch Jahre der Unruhe».

Afghanistan ins Blickfeld rücken

Mit Ali M. Zahma hatte Wien das Glück, einen herausragenden Denker beherbergen zu dürfen, den wir gerade jetzt als kritische Stimme brauchen würden. Denn heute werden Asylsuchende aus Afghanistan in den Medien diffamiert und vom Staat abgeschoben, in ein Land, das zerrüttet ist und in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Erst jüngst, am 10. Juli, erhängte sich der 23-jährige Jamal Naser Mahmodi nach

seiner Abschiebung aus Deutschland in einer Zwischenunterkunft in Kabul. Gerade Politiker wie der deutsche Innenminister Seehofer oder der österreichische Bundeskanzler Kurz, diejenigen also, die tragische Geschehnisse wie diese zu verantworten haben, sollten die Biographie Ali M. Zahmas lesen. Vielleicht würden sie dann begreifen, welches Leid und welchen Schaden sie mit ihrer Politik verursachen. Unsere Aufgabe besteht darin, Widerstand zu leisten und unser Herz und unseren Ver-

stand zu bilden, damit Verbundenheit und Solidarität entstehen. Das Buch über Ali M. Zahma ist dafür ein äusserst wichtiges Handwerkszeug.

Alexander Behr,
EBF Österreich

1. Erst vor wenigen Wochen erschien im Wiener Mandelbaum Verlag die von Christian Reder sorgfältig ausgearbeitete Biographie des herausragenden Denkers, der bereits in den 1950er Jahren zu einer kleinen, aber nicht unbedeutenden Gruppe unangepasster, moderater Reformer gehörte. Buchreferenzen: Christian Reder: «Noch Jahre der Unruhe ... Ali M. Zahma und Afghanistan». Mandelbaum-Verlag. 18.00 •, 200 Seiten

ANKÜNDIGUNGEN

#unteilbar

Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung! Demonstration am 13. Oktober 2018 in Berlin.

Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen. Das Sterben von Menschen auf der Flucht nach Europa soll Teil unserer Normalität werden. Europa ist von einer nationalistischen Stimmung der Entsolidarisierung und Ausgrenzung erfasst. Kritik an diesen unmenschlichen Verhältnissen wird gezielt als realitätsfremd diffamiert.

Während der Staat sogenannte Sicherheitsgesetze verschärft, die Überwachung ausbaut und so Stärke markiert, ist das Sozialsystem von Schwäche gekennzeichnet: Millionen leiden darunter, dass viel zu wenig investiert wird, etwa in Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung. Unzählige Menschen werden jährlich aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Umverteilung von unten nach oben wurde seit der Agenda 2010 massiv vorangetrieben. Steuerlich begünstigte Milliarden Gewinne der Wirtschaft stehen einem der grössten

Niedriglohnsektoren Europas und der Verarmung benachteiligter Menschen gegenüber.

Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in

Eine bessere Zukunft für alle!

Protest und Widerstand gegen Rassismus, Ausbeutung und Überwachung!

Am 20. September 2018 treffen sich die Staats- und Regierungsoberhäupter der Europäischen Union in Salzburg, Österreich, zu einem informellen Gipfel. Die Themen sind «innere und digitale Sicherheit» und «Bekämpfung der illegalen Migration» durch den sogenannten «Schutz» der EU-Aussengrenzen. Für uns ist klar, dass damit die Ausweitung des tödlichen EU-Grenzregimes durch mehr Überwachung und Kontrolle gemeint ist, an den Aussengrenzen und nach Innen. Die Einrichtung von Lagern oder Haftzentren auf afrikanischem Boden; die Kollaboration mit diktatorischen Regimen und mit Milizen; die Investition grosser Geldsummen, um afrikanische Regierungen zur Schliessung von Grenzen und Migrationsrouten zu bewegen und die Bewegungsfreiheit ihrer Bürgerinnen einzuschränken. Täglich sehen wir die tödlichen Konsequenzen dieser Politik:

der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LG-BTIQ*-Feindlichkeit entschieden entgegen. Wir sind jetzt schon viele, die sich einsetzen:

Ob an den Aussengrenzen Europas, ob vor Ort in Organisationen von Geflüchteten und in Willkommensinitiativen, ob in queer-feministischen, antirassistischen Bewegungen, in Migrant:inn:enorganisationen, in Gewerkschaften, in Verbänden, NGOs, Religionsgemeinschaften, Vereinen und Nachbarschaften, ob in dem Engagement gegen Wohnungsnot, Verdrängung, Pflegenotstand, gegen Überwachung und Gesetzesverschärfungen oder gegen die Entrechtung von Geflüchteten – an vielen Orten sind Menschen aktiv, die sich zur Wehr setzen gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und Ausgrenzung.

Gemeinsam werden wir die solidarische Gesellschaft sichtbar machen! Am 13. Oktober wird von Berlin ein klares Signal ausgehen.

#unteilbar

Tausende Flüchtende und Migrant:inn:en, die ermordet werden, indem man sie im Mittelmeer und in den Wüsten sterben lässt.

Wir nehmen das nicht hin und protestieren gegen diesen Gipfel! Protest ab 11:00 Bahnhofsvorplatz Salzburg:

Ab 11:00 Uhr: angemeldete Kundgebung und eine Ausstellung zu Migration und Flucht
Ab 11:30 Uhr: öffentliches Hearing zu Abschiebungen und der Exterritorialisierung des europäischen Grenzregimes nach Afrika mit Aktivist:inn:en aus afrikanischen Ländern, organisiert vom Netzwerk Afrique-Europe-Interact (AEI, afrique-europe-interact.net).
Ab 14:00 Uhr: Internationale Grossdemonstration

21. - 23. September in Wien – Gegengipfel der Solidarität und Sicherheit für Alle – #Seebrücke statt Festung Europa

Im Anschluss an die Proteste in

Salzburg findet vom 21. bis 23. September ein Gegengipfel der Solidarität und Sicherheit für Alle in Wien statt. Geplant ist ein dreitägiges Treffen mit Informationen (Hearings), Workshops, Diskussionen, Zeit für informellen Austausch und vieles mehr. Wir stellen die herrschenden Vorstellungen von Sicherheit in Frage und werden Strategien entwickeln, um uns in unseren Nachbarschaften und darüber hinaus zu organisieren und solidarische und widerständige Städte aufzubauen. Der Gegengipfel schafft den Rahmen, um gemeinsame Wege zu finden, uns zu vernetzen und von unseren verschiedensten Kämpfen zu lernen. Migrantische und antifaschistische Kämpfe sollen mit Bewegungen für Klimagerechtigkeit und Arbeitskämpfen verbunden werden. Ausserdem werden wir unser Wissen zu Überwachung, Repression und Kämpfen gegen die destruktive Gewalt der Polizei austauschen und davon ausgehend zusammen an Strategien arbeiten, um die Macht der Herrschenden in Frage zu stellen und solidarische Wege des Zusammenlebens zu finden.

Folgende Persönlichkeiten werden bei den öffentlichen Hearings am 20. September in Salzburg und danach in Wien das Wort ergreifen:

- Ibrahim Manzo Diallo (Alternatives Espace Citoyen und Koordinator des Alarmphone Sahara in Agadez, Niger)
- Alassane Dicko (Afrique-Europe-Interact, Sektion Mali)
- Dr. Ishraga Mustafa Hamid (Schriftstellerin, freie Journalistin und Expertin zur Situation von geflüchteten Frauen und Migrantinnen, sowie zum «Khartoum-Prozess», ansässig in Wien)

Infos zur Mobilisierung gegen den EU-Gipfel unter: <https://summit-salzburg.mobi> und countersummit@riseup.net

MONSANTO TRIBUNAL

Monsanto endlich verurteilt

Von einem wegweisenden Urteil in den USA gegen das Herbizid Roundup und über ein Gericht in Brasilien, das die vorläufige Verbannung von Glyphosat anordnet.

Anfang August wurde der Agrochemiekonzern Monsanto zum ersten Mal in seiner Geschichte wegen Krebsrisiken seines Herbizids Roundup mit dem Hauptwirkstoff Glyphosat verurteilt. Das inzwischen zum deutschen Bayer-Konzern gehörende Unternehmen soll insgesamt 289 Millionen Dollar Schadenersatz bezahlen. Das zuständige Gericht in San Francisco ordnete an, dass das Unternehmen dem Krebs-Opfer Dewayne Johnson insgesamt 289 Millionen Dollar (253 Mio Euro) überweisen muss. Monsanto habe nicht ausreichend vor den Risiken seines Produkts gewarnt. Der 46-jährige Johnson, bei dem 2014 Lymphdrüsenkrebs diagnostiziert wurde und der nur noch wenige Monate zu leben hat, macht das Herbizid Roundup für sein tödliches Leiden verantwortlich. Das Gericht folgte weitgehend dieser Argumentation. Johnson hatte als Platzwart für das kalifornische Schulsystem gearbeitet und dort regelmässig mit dem Unkrautvernichter von Monsanto hantiert. Das Urteil könnte wegweisend sein für die rund 5'000 weiteren Klagen, die bereits in den USA eingereicht sind. Natürlich weist Monsanto jede Verantwortung von sich und legt Berufung ein. Kurz nach dem Urteil stürzte der Aktienkurs der neuen Monsanto-Eigentümers Bayer AG drastisch in die Tiefe. Monsanto wirkt toxisch – auch hier. Durch das Urteil von Kalifornien haben die Opfer auf der ganzen Welt neue Hoffnung geschöpft.

Kurz vor der Verurteilung in den USA hatte bereits ein Bun-

desgericht in Brasilien den Einsatz von Glyphosat ausgesetzt – eine Meldung, die erstaunlicherweise viel weniger Aufsehen erregte, aber von genauso grosser, wenn nicht sogar von grösserer Tragweite sein könnte. Das Urteil ist erstinstanzlich, kann also noch in Frage gestellt werden, trotzdem ist es ein wichtiges Signal. Nach dem Entscheid der Bundesrichterin in Brasilia dürfen keine neuen Produkte mit der Chemikalie angemeldet werden und bestehende Zulassungen sollen innerhalb von kurzer Frist aufgehoben werden. Die Massnahme soll in Kraft bleiben, bis ein abschliessendes Urteil über

Wir laden Sie herzlich zu einem Informations- und Diskussionsabend am 25. September um 19:30h in Basel ein mit dem Titel: «Glyphosat und Gensoja in Argentinien, Betroffene schildern die Folgen»
Basel, Unternehmen Mitte (im Salon), Gerbergasse 30, 19:30h
Dem in der Schweiz verschickten Archipel liegt eine Einladung bei!

die Schädlichkeit von Glyphosat gefällt wird. Bis zum Jahresende 2018 muss die zuständige Sanitäts-Behörde Anvisa ihren Entscheid zu dieser Frage bekannt geben, nachdem sie sich bisher zehn Jahre lang damit Zeit gelassen hat. Für den Bayer-Konzern könnte dies zu einem weiteren herben Schlag werden: Brasilien ist der zweitwichtigste Markt weltweit für das Glyphosat-Herbizid Roundup, welches vor allem im Anbau von genverändertem Soja und Mais zum Einsatz kommt.

Michael Rössler, EBF

LAUTSPRECHER

Der Prozess gegen Ahmed H. in Ungarn geht weiter!

Wir bereiten eine internationale Beobachtungsdelegation vor und rufen dazu auf, Protestbriefe an die ungarischen Botschaften in Europa zu schicken.

Der politische Prozess gegen den Syrer Ahmed H. der seine Eltern auf der Flucht aus Syrien nach Deutschland unterstützte, geht in die zweite Instanz. Die Verhandlung findet am 20. September vor dem Bezirksgericht in Szeged im Süden Ungarns statt. Im selben Gerichtsgebäude war Ahmed H. am 14. März 2018 im Revisionsverfahren in erster Instanz zu 7 Jahren Haft verurteilt worden. Damit hatte das Gericht sein Urteil von 2016 revidiert, in dem der Angeklagte zu 10 Jahren Haft verurteilt worden war. Der Vorwurf des «Terrorismus» blieb in der neuen Verurteilung jedoch bestehen, obwohl sich dieser – gemäss Amnesty International und allen anderen Beobachter:innen – als völlig unhaltbar erwiesen hatte. Wir orga-

nisieren eine weitere internationale Delegation zur Beobachtung des Prozesses am 20. September 2018 und bitten Sie, gleichzeitig den Protestbrief, der dieser Nummer des Archipels beiliegt, an die ungarische Botschaft Ihres jeweiligen Landes zu schicken. Wir überlassen es Ihnen, die jeweilige Adresse der Botschaft herauszufinden und im Protestbrief einzusetzen. In der Schweizer Ausgabe des Archipels ist die Adresse der Botschaft in Bern auf dem Brief bereits angegeben. Die Aktion läuft seit April in der Schweiz. Der Botschafter hat schon einige Hundert Briefe bekommen, doch das reicht offensichtlich nicht. Deswegen erweitern wir diese Aktion sowohl in der Schweiz, aber auch auf andere Länder.

Michael Rössler, EBF

ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 sFr, 40 Euro auf Konto:

Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5
Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194 Vermerk: Archipel oder EBF
Österreich: Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Ich bestelle Exemplare von Archipel zum Vertrieb
 Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

Name Vorname

Strasse

PLZ Ort Land

Mail